



Der Begleitausschuss „Stärken vor Ort“ hat die ersten elf Maßnahmen mit einem Fördervolumen von rund 50 000 Euro bewilligt. ■ Foto: Szkudlarek

15 Vorschläge

Erste Beratung über das Programm „Stärken vor Ort“
Jugendliche und Frauen sollen gezielt gefördert werden

HAMM-WESTEN ■ Es war eine sehr arbeitsintensive erste Sitzung: Bis kurz vor Mitternacht saßen die knapp 30 Mitglieder des Begleitausschusses „Stärken vor Ort“ am Montagabend zusammen, um unter anderem über die Förderbedingungen zu sprechen und sich über die eingereichten Projektvorschläge zu informieren. Im nichtöffentlichen Teil wurde dann über diese beraten.

Das Programm „Stärken vor Ort“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend – mitfinanziert wird es vom Europäischen Sozialfonds – richtet

sich an Jugendliche ab 14 Jahre und Frauen bis 65 Jahren. Ziel der Projekte im Fördergebiet II – dieses umfasst die Stadtbezirke Herringen und Pelkum sowie den Hammer Westen – ist die soziale, berufliche und schulische Integration von Menschen aus der Zielgruppe.

Trotz einer nur recht kurzen Vorbereitungszeit sind bei den drei Stadtteilkoordinatoren Annette Baranski (Herringen), Simone Laqua (Pelkum) und Martina Spreckenwirth (Mitte) 16 Vorschläge eingegangen, von denen 15 am Montag dem Ausschuss vorgestellt werden

konnten. Nach längerer Diskussion habe sich der Ausschuss dazu entschieden, zunächst einmal elf Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 50 000 Euro zu fördern, sagte Simone Laqua. Die anderen Vorschläge habe man zwar nicht abgelehnt, doch seien hierfür noch einige Nachbesserungen erforderlich.

Welche Projekte es im Einzelnen sind, die über „Stärken vor Ort“ gefördert werden, wollte Laqua gestern aber noch nicht sagen. „Das können wir erst dann, wenn wir auch den jeweiligen Bewilligungsbescheid an die Be-

troffenen verschicken.“ Dies werde zeitnah geschehen.

Da für das Programm – abzüglich der Verwaltungskosten – rund 80 000 Euro zur Verfügung stehen, können noch weitere Projekte bewilligt werden. Das könnten zum Beispiel die sein, bei denen der Begleitausschuss am Montag eine Entscheidung vertagt hat. „Aber auch andere“, so Simone Laqua. Vereine, Verbände oder sonstige Institutionen, die eine Maßnahme durchführen wollen, sollten sich im Vorfeld aber mit den zuständigen Stadtteilkoordinatoren in Verbindung setzen. ■ stg